ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in:* *Sava Stomporowski*

Tagesordnungspunkt: *TOP 2 Antragsberatungen*

A7: Lithium in Serbien und in der Republika Srpska - Bosnien und Herzegowina

Antragstext

Im serbischen Jadartal und sowie in Vares, der der Entität der Republika Srpska von Bosnien und Herzegowina befindet sich ein großes zusammenhängendes Vorkommen von Lithium. Im Jadar-Tal beträgt die Kapazität 58.000 Tonnen Lithiumcarbonat pro Jahr, was für eine Million E-Autos reichen würde. Serbien könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Kontinent von Lithium-Importen unabhängiger zu machen.

Der Abbau im Tagebau und die Weiterverarbeitung Seltener Erden bergen Risiken für Mensch und Natur, sodass es Sorgen vor Umweltschäden sowie Auswirkungen auf die Gesundheit mit großen Protestbewegungen in beiden Ländern gibt. Viele Betroffene fürchten eine Verseuchung des Grundwassers oder der Flüsse sowie der Flora und Fauna. Auch wird in den Regionen Landwirtschaft, wie Obst- oder Gemüseanbau betrieben. In der Bevölkerung beider Staaten gibt es daher jeweils große Protestbewegungen und Umweltschutzinitiativen.

Die Sorgen sind vor dem Hintergrund berechtigt, dass in Serbien das Stahlwerk in Smederevo, die Minen in Bor und Majdanpek oder das Reifenwerk in Zrenjanin ohne Auflagen arbeiten können. Arbeits- und Umweltstandards werden nicht eingehalten, nicht einmal die serbischen, da z.B. chinesische Arbeiter rechtlos angeheuert und unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht werden. Die Luftverschmutzung liegt über den zugelassenen Werten. In Zrenjanin kann man das Trinkwasser nicht mehr nutzen, da es gesundheitsschädlich ist. Studien aus Bor zeigen, dass die Lebenserwartung zehn Jahre unter dem serbischen Durchschnitt liegt und ein Viertel der Bevölkerung unter Krankheiten leidet, die direkt mit der Mine zusammenhängen (vgl. Florian Bieber, "Pulverfass Balkan", S. 201).

Die Entscheidung, ob Lithium oder seltene Erden in Staaten abgebaut werden, obliegt den jeweiligen Staaten. Die Europäische Union hat jedoch wiederholt ihr

Interesse an den Lithiumvorkommen bekundet und Bundeskanzler Olaf Scholz sowie der Vizepräsident der Europäischen Union für Energie haben mittlerweile ein Abkommen über den Abbau von Lithiumvorkommen unterzeichnet.

Die Klimakrise stellt zugleich eine der drängendsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar und erfordert umfassende Maßnahmen, den Verbrauch fossiler Energien und den Co2-Ausstoß zu verringern. Um die Erderwärmung zu stoppen, brauchen wir umfangreiche Maßnahmen auf politischer, wirtschaftlicher und globaler Ebene. Zu den erforderlichen Maßnahmen zählt unter anderem der Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraft, die Förderung der Elektroauto-Produktion sowie der Ausbau erneuerbarer Energien. Diese Maßnahmen erfordern jedoch den Einsatz wertvoller und oft kritischer Ressourcen wie Lithium und seltene Erden. Für eine zukunftsfähige Klimapolitik sind Lithium und seltene Erden von entscheidender Bedeutung für die Energiewende. Die Europäische Kommission klassifiziert diese als Rohstoffe, für deren Versorgung ein besonders hohes Risiko besteht.

Ein wichtiger Aspekt der Erneuerbaren Energien ist, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU von Autokraten unabhängig machen wollen, die fossile Energien exportieren. Leider geht damit die Gleichung nicht auf, dass die erforderlichen Ressourcen in demokratischen Staaten zur Verfügung stehen. Daher können wir in der Energiepolitik nur eine Strategie der Diversifizierung, nicht aber der kompletten Unabhängigkeit fahren. Zugleich müssen wir auf die Demokratisierung jener Staaten, wie z.B. Serbien hinwirken, wenn sie Beitrittskandidaten der EU sind und wirtschaftliche Förderungen erhalten.

Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass mögliche Fördergelder zur Exploitation nur bei transparenten Verfahren unter fairer Anhörung und Beteiligung der betroffenen Bürger*innen, unter Ausschluss von Korruption und strengen Vergabeprüfungen sowie unter strengen Umweltstandards zum Schutz der Natur und des Grundwassers sowie Gesundheit der Bevölkerung zugelassen werden. Giftige Stoffe dürfen nicht in die Flüsse, das Grundwasser und den Boden gelangt oder die Gesundheit von Menschen belasten. Als Grundlage sollen die Berner Konvention dienen - keine Exploitation in geschützten Gebieten.

Zugleich sollten wir im Rahmen der EU auf Serbiens Umweltschutz- und Klimapolitik einwirken, um die Umwelt- und Gesundheitsbelastung generell zu senken, die jeweiligen Schutzstandards an strenge Normen anzupassen und einzuhalten sowie bisherige Altlasten abzubauen.

Begründung

Aufgrund der Aktualität habe ich den Teil aus dem überarbeiteten Antrag "Westbalkan" herausgenommen und als Einzelantrag gestellt.

Hierbei hatte Marion Kraske mitgewirkt - aus zeitlichen Gründen aber nicht mehr final abgestimmt. Daher könnte es noch zu Änderungsanträgen kommen.